

# US-Konzerne kaufen Ukraine auf

Nachdem bereits ukrainisches Ackerland in der Größe der landwirtschaftlichen Fläche Italiens US-Konzernen gehört, wird unter dem Titel der Vorbereitung von Wiederaufbau-Investments bereits an der Filetierung der gesamten Wirtschaft durch US-Heuschrecken gearbeitet. Der US-Konzern BlackRock läßt sich für seine „Expertise“ sogar von der ukrainischen Regierung bezahlen.

Laut der „Australian national review“ sollen US-amerikanische Konzerne bereits 17 Millionen der rund 60 Millionen Hektar der Ukraine (Gesamtfläche des Landes) besitzen; 28 Prozent der Fläche der Ukraine sind also bereits US-amerikanisches Eigentum.

Die Käufer und Eigentümer sind bekannte US-Firmen wie Cargill, Dupont und Monsanto. Weniger bekannt ist jedoch, daß sich hinter diesen berühmten Namen Investmentfonds verbergen – etwas obskure Finanzstrukturen, die für die „New-Age“-Handelspraktiken charakteristisch sind. Sie sind nicht nur obskur, sondern auch sehr mächtig und verfügen über ein atemberaubendes Kapital in Billionenhöhe (d.h. Tausende Milliarden Dollar). Zu den in der Ukraine tätigen Unternehmen gehören insbesondere Vanguard, Blackstone und BlackRock mit einem Kapital von 10,6 bzw. 0,9 Billionen US-Dollar. Auch ein Frachthafen am Asowschen Meer soll bereits im Besitz eines amerikanischen Konzerns sein.

## Ackerland in Größe von Italiens Landwirtschaftsfläche gehört bereits US-Konzernen

Um die Lage zu veranschaulichen, erwähnt die australische Zeitschrift das Beispiel Italiens, wo das nutzbare Kulturland 16,7 Millionen Hektar beträgt. Die Macht der Kiewer Marionetten hat also dazu geführt, daß drei US-amerikanische Unternehmen allein in der Ukraine jetzt mehr Ackerland besitzen als das G7-Mitglied Italien.

Interessant ist, daß diese Tatsachen rund um den von der Türkei vermittelten Getreide deal – wonach wieder Frachtschiffe auslaufen konnten – keine Erwähnung fanden.

## Geschichte der Eigentumsverhältnisse

Als die Ukraine noch Teil der Sowjetunion war, gehörte das Land über die Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Kolchosen) dem Staat. Nach dem Ende der Sowjetunion erhielten die Bauern, die in den Kolchosen beschäftigt waren, das staatliche Land, das sie bis dahin bewirtschaftet hatten, in Pacht. Später wurde der Status dieses Landes geändert und es ging nach langwierigen Verwaltungsverfahren in den Besitz der ehemaligen Kolchosbewohner über, die es zuvor bewirtschaftet hatten.

Danach folgte eine kurze Zeit, in der Transaktionen, d.h. der Kauf und Verkauf von Land, erlaubt waren. Ab 2001 wurde jedoch ein Moratorium verhängt, das alle weiteren Transaktionen unterband. Dieser Zustand hielt in den folgenden 20 Jahren bis 2021 mehr oder weniger an.

Da sie das Land weder verkaufen noch kaufen konnten, standen viele ehemalige Kolchosbewohner, die nach dem Zerfall der Sowjetunion formal zu Eigentümern geworden waren, vor der Wahl, das Land entweder wie zuvor weiter zu bewirtschaften oder, was für sie neu war, es für 150 Dollar pro Hektar und Jahr an „Betreiber“ zu verpachten, die nach dem Zerfall der Sowjetunion „aus dem Nichts“ auftauchten. Im Schatten des Moratoriums wurden die „Betreiber“ zu echten Großgrund-Bewirtschaftern oder gar zu landwirtschaftlichen Monopolunternehmen. Auf diese Weise gehörte das Land zwar zumindest formal weiterhin den ehemaligen Kolchosbauern, doch in Wirklichkeit befand es sich in den Händen privater Leute, die ein wichtiges, wenn nicht angesichts der demografischen Bedeutung der ukrainischen Bauernschaft – die rund 30 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmacht – ein wesentliches Rädchen im Oligarchen-System an der Spitze der Ukraine darstellten.

Dennoch blieb die Frage des Eigentums an landwirtschaftlichen Flächen in der Ukraine ungelöst, ein wichtiges, zentrales politisches Problem, das im slawischen Land Ukraine besonders heikel ist. Die Qualität des ukrainischen Schwarzbodens, der zu den besten Ackerböden der Welt zählt, trug zu dieser traditionellen Herausforderung bei, zumal die ukrainische Agrarproduktion zunehmend am internationalen Handel teilnahm. Die Debatte darüber, ob das Moratorium für den Handel mit landwirtschaftlichen Flächen aufgehoben werden sollte und ob Ausländer die Möglichkeit haben sollten, in der Ukraine Land zu erwerben, wurde immer lauter. Nach und nach wurde die Idee mit der immer populärer Öffnung des Landes durchgesetzt.

## Selenskij gegen „Chinesen und Araber“

Wolodymyr Selenskij, der mit der Problematik vertraut war, schlug vor, die Frage dem Volk in einem Referendum vorzulegen. Auf Bauernkundgebungen verkündete er lautstark, daß „das Land den Ukrainern gehöre“, während er gleichzeitig „die Chinesen und Araber“ als Feindbilder aufbaute, die sich seiner Meinung nach anschickten, „unser Land wagenweise wegzuschaffen“.

Die Debatte tobte, und Selenskij verstand es als geschickter Demagoge, mit der Stimmung im Volk zu spielen, um ihr eine nationalistische, chauvinistische und sogar fremdenfeindliche Ausrichtung zu verleihen.

Trotz der überwältigenden Mehrheit gegen die Abschaffung des Moratoriums für den Verkauf von Agrarland wurde mit Nachdruck die „Rechtfertigung“ hervorgehoben. Dies sei notwendig, hieß es, da seit der Verabschiedung dieser Maßnahme viel Zeit vergangen sei, ohne daß das ukrainische Parlament, die Werchowna Rada, einen ausreichend transparenten Mechanismus geschaffen habe, um den Verkauf und Kauf von Land zu organisieren, wie es im Gesetz von 2001 vorgesehen war.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, daß zur gleichen Zeit

Meinungsumfragen ergaben, daß 81 Prozent der Befragten sich gegen den Verkauf von Land an Ausländer aussprachen und nur 13 Prozent den von der Regierung befürworteten Ansatz unterstützten. Zwei Drittel der Befragten waren der Ansicht, daß eine so wichtige Entscheidung durch ein Referendum getroffen werden sollte, während mehr als die Hälfte (58 %) der Meinung war, daß landwirtschaftliches Land nach dem Vorbild Kanadas und Israels (wichtige Referenzen für die ukrainische Öffentlichkeit) in staatlichem Besitz bleiben sollte.

## Internationaler Währungsfonds ordnet Verkauf des Ackerlandes an

Schließlich entschied der Internationale Währungsfonds, der größte Gläubiger der Ukraine, in seinem Bericht vom April 2021, daß die Abschaffung des Moratoriums eine Grundvoraussetzung für die Gewährung eines neuen Kreditpakets an die Ukraine sei. Die ukrainische Regierung tat dies gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit ihrer Bevölkerung. Seitdem hatten die „Betreiber“ freie Hand, um das von ihnen verwaltete Land an „ausländische Investoren“, die Ultima Ratio des ukrainischen Wirtschaftssystems, weiterzugeben. Zuvor mußten sie das Land, wie es ihnen nun gesetzlich erlaubt war, von den ehemaligen „Kleinanlegern“ aus den früheren Kolchosen erwerben. Die Operation, die in ihrer Art klassisch war und reibungslos verlief, wie die Zeitspanne zwischen der Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament und seiner Umsetzung – d.h. dem Erwerb durch die US-amerikanischen Unternehmen – beweist, brachte natürlich einigen Spekulanten und Ganoven, die der Kiewer Macht nahestanden, große Gewinne ein.

## US-Konzern BlackRock als „Berater“ der ukrainischen Machthaber

Im November und Dezember des vergangenen Jahres wurde vom Selenskij-Regime auch der Ausverkauf anderer Bereiche der ukrainischen Wirtschaft an die US-Amerikaner in die Wege geleitet. Ende 2022 wurde bekannt, daß Selenskij eine Video-Telefonkonferenz mit BlackRock-Chef Larry Fink hatte. Die beiden haben offenbar vereinbart, „die Investitionsbemühungen zum Wiederaufbau der vom Krieg zerrissenen Nation zu koordinieren“, wie die US-amerikanische Zeitschrift „The American Conservative“ schreibt. „Selenskij und Larry Fink haben vereinbart, sich kurzfristig auf die Koordinierung der Bemühungen aller potenziellen Investoren und Teilnehmer am Wiederaufbau unseres Landes zu konzentrieren und Investitionen in die relevantesten und wirkungsvollsten Sektoren der ukrainischen Wirtschaft zu lenken“, wird auf der Homepage des ukrainischen Präsidenten mitgeteilt. Bereits im November gab es ein Treffen des ukrainischen Wirtschaftsministers mit dem Konzern, bei dem vereinbart wurde, daß BlackRock FMA die ukrainische Regierung, insbesondere das Wirtschaftsministerium, über einen

Investitionsfahrplan für den Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft beraten wird.

### **BlackRock kauft der US-Mittelschicht und der Arbeiterklasse die Häuser weg**

Zurück in den USA, hat die in New York ansässige Investmentfirma große Schlagzeilen gemacht. Ein Bericht des Wall Street Journal vom Sommer behauptete, BlackRock sei eine von mehreren großen Investmentfirmen, die Verzerrungen auf dem Immobilienmarkt verursachten. Der Bericht legte dar, wie BlackRock und ähnliche Unternehmen ihre massiven Kapitalbeträge verwenden, um Einfamilienhäuser aufzukaufen und dabei die Preise in die Höhe zu treiben.

Die oben genannten Preiserhöhungen haben zwei unmittelbare wirtschaftliche Auswirkungen. Erstens kommen höhere Wohnkosten den Immobilien zugute, die sich bereits im Besitz von BlackRock befinden, insbesondere in Gebieten, in denen das Unternehmen stark investiert hat. Der zweite Effekt ist, daß die künstlich hohen Preise Arbeiterfamilien verdrängen und nur die Reichen oder Investmentfirmen mit massiven Kapitalbeträgen als einzige Akteure auf dem Markt zurücklassen. In Houston zum Beispiel macht der Milliardär Fink Berichten zufolge ein Viertel der jüngsten Hauskäufe aus. Er kauft einfach ganze Stadtteile auf und nutzt sie als

Mietwohnungen. „BlackRock trägt dazu bei, eine permanente Mieterklasse zu schaffen, obwohl seit langem bekannt ist, daß Wohneigentum eines der Schlüsselemente für den Aufbau von Wohlstand und die Erhaltung der amerikanischen Mittelschicht ist“, resümiert die Zeitung.

„Man kann fast garantieren, dass BlackRock von der ukrainischen Regierung für die Beratung zu diesem Wiederaufbauplan gut bezahlt wird“, stellt das Magazin fest, und weiter: „Und woher bekommt die ukrainische Regierung derzeit ihre Finanzierung, wenn ihre Wirtschaft in Trümmern liegt und Krieg ein teures Unterfangen ist? Von der Regierung der Vereinigten Staaten natürlich. Bis zum Ende des Kalenderjahres werden die USA der ukrainischen Regierung 13 Milliarden Dollar an direkter Haushaltshilfe zur Verfügung gestellt haben, um Defizite und einen völligen Bankrott zu vermeiden.“ Von der EU kommt eine ähnlich hohe Summe, wäre noch zu ergänzen. Damit dürfen also auch die europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dazu beitragen, daß die US-Heuschreckenkonzerne die Ukraine aufkaufen.

### **Kein Interesse an Frieden**

So wird BlackRock von den US-Steuerzahlern über die ukrainische Regierung bezahlt, um einen Plan zu entwickeln, der den Erfolg

ihrer zukünftigen Investitionen in der Ukraine sicherstellt, die aus Geld gemacht werden, das durch die Preistreiberei mit amerikanischem Wohnraum erzielt wurde, resümiert die Zeitschrift, und stellt die Frage, warum die finanzielle und politische Elite der USA bei solchen Aussichten jemals für Frieden eintreten sollte. Besonders dann, wenn diese auch an den Rüstungskonzernen beteiligt ist und am boomenden Geschäft mit dem Krieg weitere Milliarden scheffelt.

### **Was sich hinter den nationalistischen blau-gelben Aufwallungen verbirgt**

Die nationalistischen Aufwallungen, die Russophobie und der Bandera-Kult in der Ukraine werden befeuert, um auf der Bühne das Stück von der Verteidigung des Landes gegen den Agressor zu spielen, während das durch und durch korrupte Selenskij-Regime hinter den Kulissen bereits am Ausverkauf des Landes arbeitet. Die Soldatinnen und Soldaten sterben einen sinnlosen Tod an der Front, während ihre Befehlshaber ihre Schäfchen bereits ins Trockene bringen. Diejenigen, die den Krieg überleben, werden vielleicht erst sehr spät draufkommen, dass sie hinten und vorne belogen und betrogen wurden.

Quelle: Zda, 14.1.23

## Transatlantische Vormundschaft

Es ist wieder so weit. Man erinnert sich an den 1. September 1939 und an den Satz, mit dem die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts begann: „Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen!“ Und noch am 18. Februar 1943 jubelten 15 000 Delegierte im Berliner Sportpalast, als Goebbels die Frage stellte: „Wollt ihr den totalen Krieg?“ Jetzt rollen erneut deutsche Panzer gegen Rußland und bestätigen den Ausspruch von Bertolt Brecht: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Es will kein Ende nehmen. Der sogenannte Wertewesten kreischt im Chor: „Brutaler Angriffskrieg! Die Russen kommen!“

Der Schriftsteller Wolfgang Bittner, der in seinem neuen Buch „Ausnahmestand“ den Verdrehungen, Lügen und Hetzparolen auf den Grund geht, nimmt kein Blatt vor den Mund und nennt die Verursacher für Chaos und Krieg.

Gleich zu Anfang erinnert er an die Kriege, die von den USA mit vorgetäuschten Zwischenfällen provoziert wurden: Vietnam, Serbien, der erste und zweite Irak-Krieg, die Zerstörung Libyens – „humanitäre Interventionen“, so wurde es genannt. Angeblich ging es um die „Einführung demokratischer Strukturen“, die Verteidigung „westlicher Werte“ und um den Kampf gegen das „Reich des Bösen“. Das wird auch im Ukraine-Krieg propagiert, einem Stellvertreterkrieg, der den USA Nutzen bringt und Europa, insbesondere Deutschland, in den Ruin treibt.

Die Folgen dieses Krieges, wie überhaupt der Aggressions- und Sanktionspolitik der USA mit ihrer NATO, sind Verarmung, Gefahr eines Atomkrieges und für viele Menschen das Ende eines friedlichen, zivilisierten Lebens. Hinzu kommt, daß es den USA gelungen ist, „Rußland von Westeuropa zu trennen, noch dazu unter Mitwirkung der europäischen NATO-Staaten“. Wolfgang Bittner bezeichnet das als eine Jahrhunderttragödie, verursacht von den USA. Denn bekanntlich hat Wladimir Putin bereits 2001 in seiner Rede im Deutschen Bundestag und danach immer wieder für Zusammenarbeit und einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Wladiwostok bis Lissabon geworben. „Aber jede Annäherung wurde strikt unterbunden und Rußland mehr und mehr von der NATO eingekreist.“

Bittners klare Einschätzung: „Die Ukraine als Brückenland zwischen Rußland und Westeuropa wurde zur Durchsetzung des Weltmachtanspruchs der USA zu deren Frontstaat gegen Rußland und zum Schlachtfeld eines Stellvertreterkrieges.“ So geriet Westeuropa politisch und wirtschaftlich „immer mehr in Bedrängnis und schließlich in eine Sackgasse“. Schließlich bringt Wolfgang Bittner die imperialen Ziele der USA auf den Punkt. Es gehe darum, Rußland und China „als wirtschaftliche und militärische Konkurrenz auszuschalten und letztlich dem unipolaren Anspruch zu unterwerfen“. Kurz gesagt: „Die USA verfolgen eine Langzeitstrategie, die allein ihren Interessen dient.“ Die Ukraine sei

als Wirtschaftsraum und Brückenland für die geostrategischen Interessen der USA von großer Bedeutung, mit ihrer Vereinnahmung könne man Rußlands „machtpolitischen Aufstieg dauerhaft verhindern“, so Bittner.

Doch international gärt es seit Längerem. Wolfgang Bittner schreibt: „Offenbar ist westlichen Medien und Politikern entgangen, daß sich die Mehrheit der Menschheit nicht mit der Arroganz und Kriegslüsterheit der USA und ihrer Vasallen abfinden und andere Wege gehen will.“

Bittners Buch zeugt von seinen umfassenden Kenntnissen, einer geschliffenen Diktion und seiner Fähigkeit, komplizierte Sachverhalte allgemeinverständlich und dennoch differenziert darzustellen. Es lohnt sich, die Lektüre zur Hand zu nehmen. Sie ist eine Offenbarung.

**Harry Popow**  
Schöneiche

### **Dr. Wolfgang Bittner:**

„Ausnahmestand – Geopolitische Einsichten und Analysen unter Berücksichtigung des Ukraine-Konflikts“

280 Seiten, 19,90 €, Verlag zeitgeist 2023

ISBN 978-3-943007-47-3

